

Haushaltsrede Hartmut Klein (KAH) am 27.04.2015

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
verehrte Kolleginnen und Kollegen der Gemeindevertretung und des
Gemeindevorstandes,
sehr geehrte Vertreter der Presse und Zuschauer,

der Haushaltsplan 2015 der Gemeinde Höchst enthält wenig Spektakuläres.
Wenig, über das wir uns heute Abend jedenfalls kräftig streiten könnten. Es
ist ein Haushalt, mit dem Bürgermeister und Verwaltung im Grunde
dokumentieren, was wir eigentlich schon lange wissen:

Höchst fehlt eine ausreichende finanzielle Grundausstattung, um sämtliche
vom Gesetzgeber auferlegten Aufgaben erledigen zu können. Der diesjährige
Fehlbedarf von 602.000 Euro, ganz zu schweigen von den bisher
aufgelaufenen Haushaltsdefiziten, ist hierfür ein untrügliches Zeichen.

Fakt ist: Die Haushaltssanierung erfolgt in unserer Seite im Grunde
ausschließlich über die Einnahmenseite; über Bußgelder und höhere Steuern
und Gebühren werden die Einwohner von Höchst immer mehr belastet.

Das muss man hier deutlich klar und aussprechen und damit müssen wir uns
auch künftig auseinandersetzen.

Die KAH-Fraktion begrüßt an dieser Stelle ausdrücklich, dass mit dem
vorliegenden Haushaltssicherungskonzept unsere Forderung (ich verweise
unter anderem auf unseren Antrag vom 26. Mai 2013), die Anhebung des
Hebesatzes der Grundsteuer B bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums
auf 450 Punkte zu begrenzen, endlich Rechnung getragen wird und man von
einer bisher geplanten und von uns abgelehnten Anhebung auf 550 Punkte
absieht.

Eine solche Erhöhung hätten wir in diesem Jahr auch nicht mitgetragen; die
Bürger unserer Gemeinde müssen die Abgaben, die wir als Gemeinde- und
damit als ihre Vertreter festsetzen, auch bezahlen können.

Aktuell haben wir in Bezug auf die Höhe der Grundsteuer B keine Chance.
Das Land Hessen zwingt uns per Rosenmontagserlass 2014 zu einer immer
stärkeren Anhebung der Grundsteuer B und zum Haushaltsausgleich 2017.
Dasselbe Land Hessen sieht übrigens seinen eigenen Ausgleich erst 2020
vor.

Wenn ich mir die Vorgehensweise des Hessischen Innenministers als oberste Kommunalaufsichtsbehörde gegenüber den Städten und Gemeinden vor Augen halte, dann fällt mir ein Zitat des früheren langjährigen Oberbürgermeisters von Stuttgart, Manfred Rommel, ein, der einmal festgestellt hat:

„Schütz' uns vor Rheuma, Grippe, Gicht ...
und vor der Kommunalaufsicht“.

Ich bin gespannt, wie hoch die angekündigte Entlastung durch das Land ab dem nächsten Jahr durch einen geänderten kommunalen Finanzausgleich für Höchst ausfallen wird. Große Hoffnungen mache ich mir hier derzeit nicht. Sicher bin ich mir nur darüber, dass sie jedenfalls nicht ausreichen wird.

Rund eine Million € sind aktuell als Zuschuss für die Kindergärten und das Betreuungsangebot an der Grundschule ausgewiesen; gegenüber dem Rechnungsergebnis 2013 ist das eine erhebliche Mehrbelastung von 200.000 €. Fazit: Ganz offensichtlich erfolgt also in diesem Bereich keine ausreichende Förderung durch Land und Bund. Dort klopf man sich auf die Schultern, was man alles Neue und Gute für die Kinder im Besonderen und für die Zukunft im Allgemeinen in die Wege geleitet hat, bezahlen dürfen das aber in nicht unbeträchtlichem Umfang die Gemeinden und letztlich über Gebührenerhöhungen zum Teil auch die Erziehungsberechtigten.

Die KAH-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass Bürgermeister und Verwaltung sowohl im Haushaltssicherungskonzept als auch im Haushalt keine konkreten und vor allem nachvollziehbaren Einsparungen auf der Ausgabenseite vorsehen oder vorschlagen.

Während die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in diesem Jahr gegenüber 2014 um sage und schreibe 609.500 € steigen (!), wird auf Seite 11 des Haushaltssicherungskonzepts (diese Seite empfehle ich besonders Ihrer Aufmerksamkeit) sehr abstrakt und ohne dass man das nachvollziehen könnte, festgestellt, dass sich im Haushaltsjahr 2016 die Aufwendungen „planerisch um 349.440 € reduzieren“ werden. Wie? Das bleibt ein wohlgehütetes Geheimnis. Ich stelle fest: Sehr viele Worte, null Aussage.

Die KAH-Fraktion verkennt nicht, dass es Aufwendungen gibt, die von einer Gemeinde nicht oder nur geringfügig beeinflusst werden können. Ich gebe aber zu bedenken, ob es wirklich in Ordnung sein kann, dass wir für Gästebewirtungen 20.000 € im Haushalt stehen haben oder ein von Anfang an zum Scheitern verurteiltes und untaugliches Projekt eines Jugendpflegers über Kassenkredite finanzieren, während wir den örtlichen Vereinen erzählen, es sei kein Geld da.

Meine Fraktionskollegen und ich erwarten, dass diese und auch weitere beeinflussbaren Aufwandspositionen bei der Haushaltsabwicklung sehr kritisch und sehr restriktiv gehandhabt werden.

Wir erwarten auch, dass das nächste Haushaltssicherungskonzept bei den Aufwendungen so konkret ausfällt wie bei der Darstellung der Einnahmen.

Dem investiven Teil des Haushalts stimmen wir zu. Es gibt auch dort nichts Spektakuläres. Wir verlassen uns darauf, dass – wie von der Aufsichtsbehörde stets gefordert – die Dringlichkeit und die Notwendigkeit sämtlicher Investitionen im Vorfeld von der Verwaltung geprüft und diese Maßnahmen auch ausgeführt werden. Ich sage das ganz bewusst mit Blick auf die für den Rückkauf eines Grundstücks angesetzten 80.000 € und die 60.000 €, die für die Verdohlung des Beinegrabens veranschlagt sind.

Als Fazit unserer Haushaltsberatung stimmen wir von der KAH-Fraktion dem Entwurf des Haushaltsplanes 2015 sowie dem Haushaltssicherungskonzept unter Zurückstellung von einigen Bedenken, die ich vorgetragen habe, zu. Gleiches gilt für das Investitionsprogramm und den Stellenplan.

Den mit der Aufstellung des Zahlenwerks befassten Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung danke ich namens der KAH-Fraktion abschließend für die geleistete Arbeit.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.